

end
sau"
Ball
nprüchilge
koraffen
end
ht von dem
-Verein
burg
ung:
ster Solf
Besuch ladel
undlichst ein
k-Verein
n 13.90 Uhr.
ntag
en
fraut
rau
iertes, heißbares
mmer
ber 15. Februar
en.
nter U. W. 31
h.-St. ds. Bl.
R
ch e
en-
cre
ig
att

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plaghoorchriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verzeichnis
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Jeweilt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 32

Samstag, den 8. Februar 1930

Jahrgang 102

Die Finanzpläne des Reiches

Die Deckung des Fehlbetrags im Reichshaushalt 1930

Welche neuen Steuerquellen?

— Berlin, 8. Febr. Der Reichsfinanzminister ist entschlossen, kein Defizit im Haushalt für 1930 zu zulassen. Er hält dies für unbedingt erforderlich, um die Möglichkeit zur Konsolidierung der schwebenden Schuldenlast zu erhalten und überhaupt die finanzielle Bewegungsfreiheit des Reichs zurückzugewinnen. Diese Auffassung hat der Minister, wie aus Regierungskreisen verlautet, in der Freitagbesprechung mit den Parteiführern mit allem Nachdruck vertreten.

Der augenblickliche Fehlbetrag im Reichshaushalt setzt sich etwa wie folgt zusammen: Einem Fehlbetrag in Höhe von 154 Millionen für das Rechnungsjahr 1929/30, 450 Millionen Mark, die für die Schuldentilgung erforderlich sind, 250 Millionen, die zur Abdeckung der Mindereinnahmen der Arbeitslosenversicherung erforderlich sind, sowie verschiedenen kleinen Posten, unter denen die Ausgaben für die Krisenpflege sich auf 95 Millionen Reichsmark belaufen. Hinzu kommt noch, daß außer diesen Fehlbeträgen auch bei den laufenden Einnahmen des Reichs mit Mindereinnahmen zu rechnen sein wird und zwar bei Steuern und Zöllen mit 228 Millionen, bei der Post etwa 7 Millionen, sowie mit weiteren Ausfällen bei der Kapitalvermögenssteuer in Höhe von 42 Millionen Mark. Im Reichshaushalt 1930 wird somit ein Gesamtbetrag von 1,2 Milliarden Mark abgedeckt werden müssen. Diesem Betrag steht vorläufig nur eine Minderung der Ausgaben nach dem Youngplan von 700 Millionen Mark gegenüber, so daß nach den Berechnungen des Reichsfinanzministeriums ein Mindestbetrag von 470 Millionen Mark als Fehlbetrag übrig bleibt, für den Deckung gesucht werden muß.

Dem Vernehmen nach hofft die Reichsregierung beim Wehr-, Verkehrs- und Arbeitsministerium zusammen 100 Millionen Mark einsparen zu können, so daß eine Summe von 870 Millionen aufzubringen bliebe. Zur Abdeckung dieses Betrags sollen 180 Millionen Mark durch eine Erhöhung der Biersteuer um 50 v. H. und durch Wiederheraufhebung der Umsatzsteuer um 1/2 auf 1 v. H. weitere 190 Millionen herbeigeholt werden. Für den nach Ansicht der Regierung unwahrscheinlichen Fall, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer abgelehnt wird, soll eine Verdoppelung der Biersteuer verlangt werden, die dann einen Mehrerlös von 360 Millionen Mark bringen würde. Da sie

jedoch einen Rückgang des Bierkonsums zur Folge haben dürfte, müßte in diesem Fall noch die Weinsteuer wieder eingeführt, sowie endlich durch Erhöhung der Kaffe- und Teezölle ein Mehrerlös von 50—60 Millionen Mark herbeigeholt werden.

Im Reichsfinanzministerium steht man auf dem Standpunkt, daß diese Steuern nicht ohne weiteres als Mehrbelastung der Wirtschaft angesprochen werden können, da im kommenden Reichshaushalt die Rentenbankschulden um 85 Millionen Mark, sowie die Industriebelastung, die etwa 300 Millionen Mark ausmacht, um 50 Millionen Mark gesenkt werden sollen.

Die Besprechungen mit den Parteiführern

Ul. Berlin, 8. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers fand am Freitag in Anwesenheit der Mitglieder des Reichskabinetts eine erste Aussprache mit den Führern der Regierungsparteien über die Gestaltung des Reichshaushalts 1930 statt. Reichsfinanzminister Dr. Moltenhauer erstattete hierzu einen ausführlichen Bericht, an den sich eine eingehende Erörterung schloß. — Im Anschluß an die Besprechungen werden sich die Parteiführer mit ihren Fraktionsvorsitzenden in Verbindung setzen. Die Finanzsachverständigen der einzelnen Fraktionen werden ab dem Anfang nächster Woche die Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister aufnehmen.

In den Besprechungen der Parteiführer der Regierungsparteien mit den Mitgliedern des Reichskabinetts kann noch folgendes gesagt werden: Zuverlässigen Informationen zufolge ist über die politische Frage des Panzerstiftes B nicht gesprochen worden. Die Grundlage der Verhandlungen bilden die im wesentlichen bekannten Steuerpläne des Reichsfinanzministers zur Auffüllung des Fehlbetrags von rund 700 Millionen. Obwohl in allen Parteien gegen die neuen Steuerpläne starke Bedenken erhoben wurden, glaubt man in beteiligten Kreisen doch, von einem gemäßigten Optimismus sprechen zu können, sobald es im Sinne des bekannten Zentrumsschrittes gelingen könnte, noch vor der Beratung der Youngsage im Reichstag eine grundsätzliche Einigung der Regierungsparteien über den Haushalt für 1930 zu ermittelten.

Wendung auf der Londoner Konferenz

Englisch-amerikanische Einheitsfront

Frankreich verliert die Führung!

Ul. London, 8. Febr. Die amerikanische Abordnung hat eine Erklärung veröffentlicht, in der positive Vorschläge für die Verminderung der amerikanischen Flotte gemacht werden. Die Vorschläge sind das Ergebnis von Besprechungen mit Großbritannien und Japan und stellen einen völligen Ausgleich mit Großbritannien dar. Die gleiche formale Einigung mit Japan wird in der Erklärung zwar nicht ausdrücklich festgestellt, kann aber vorausgesetzt werden.

Neue englische Vorschläge auf der Flottenkonferenz.

Ul. London, 8. Febr. Die britische Regierung hat am Freitag der Flottenkonferenz eine Denkschrift überreicht, die die amtlichen britischen Vorschläge für die Flottenabrüstung enthält. Sie geht von dem Grundgedanken aus, daß eine Verminderung der Flottenstärken nicht genügt und daß auch eine Vereinbarung über die künftigen Bauprogramme auf der Grundlage der Bedürfnisse der Länder notwendig ist. Deshalb wird vorgeschlagen, daß das Abkommen der Londoner Flottenkonferenz bis 1936 laufen und 1935 eine neue Konferenz einberufen werden soll.

Im einzelnen wird dann vorgeschlagen: Ein Abkommen soll nicht nur über die Höhe der Gesamttonnage der einzelnen Länder, sondern auch über die Größe der Schiffe der einzelnen Kategorien und die Höhe der jedem Land für die einzelnen Kategorien zustehende Tonnage erzielt werden. Die britische Regierung lehnt für Großkampfschiffe, Flugzeugmuttertschiffe und Unterseeboote das Uebertragungsrecht ab, würde aber auf einer Uebertragung eines zu bestimmenden Prozentsatzes aus der Klasse der mit 21 Zentimeter bewaffneten Kreuzer in die Klasse der 15-Zentimeter-Kreuzer zustimmen. Die britische Regierung schlägt weiterhin vor, daß die im Washingtoner Vertrag festgesetzte Anzahl von Großkampfschiffen bereits 18 Monate nach der Ratifizierung des sich auf der Londoner Konferenz ergebenden Vertrags erreicht werden soll, anstatt 1936. Großbritannien tritt weiter unter Verbehaltung des Washingtoner Kräfteverhältnisses für eine Verminderung der Größe der Großkampfschiffe von 35 000 auf 25 000 Tonnen und Herabsetzung der Geschwindigkeit von 42 Zentimeter auf 30,5 Zentimeter ein, sowie für eine Verlängerung der Lebensdauer von 20 auf 26 Jahre. England begrüßt ein Abkommen, das die völlige Abschaffung der Großkampfschiffe ermöglichte. Für Flugzeugmuttertschiffe wird für Großbritannien und die Vereinigten Staaten eine Gesamttonnage von je 100 000 Tonnen an Stelle 135 000 Tonnen des Washingtoner Vertrags vorgeschlagen. Als Höchstzulassung für die Größe werden 25 000 Tonnen, sowie eine Verlängerung der Lebensdauer von 20 auf 26 Jahre empfohlen.

In der Kreuzerfrage wird an Stelle der bisherigen Zerteilung eine Dreiteilung vorgeschlagen: a) 10 000-Tonnen-Kreuzer mit 21-Zentimeter-Geschützen; b) leichte Kreuzer mit 15-Zentimeter-Geschützen bis zu Größen von 6—7 000 Tonnen; c) Kreuzer unter 6 000 Tonnen. Als Höchstgrenze für Zerstörer-Zerstörerchiffe wird 1850 Tonnen, für Zerstörer 1500, als stärkstes Geschützkaliber für beide Typen 12 Zentimeter vorgeschlagen. Das auf 200 000 Tonnen angelegte britische Bauprogramm für Zerstörer könne herabgesetzt werden, wenn die Unterseebootsforderungen anderer Mächte vermindert würden. In der Unterseebootsfrage will Großbritannien sich auf eine Verteidigungsstaffel beschränken und die Größe der U-Boote so weit als möglich verringern.

Dieses britische Memorandum hat die in französischen Kreisen über den amerikanischen Vorschlag bestehende Verunsicherung noch verschärft. Auf Grund des neuen englischen Vorschlages ist völlig klar, daß zwischen England und den Vereinigten Staaten vollkommene Uebereinstimmung besteht, während in bezug auf Japan noch einige Schwierigkeiten vorhanden sind. Trotzdem ist ein Dreimächteabkommen nicht mehr erfüllt gefährdet und dieses Abkommen wird auf einer sehr erheblichen unter den Bedingungen des Washingtoner Vertrags liegenden Grundlage erreicht werden können.

Die Stellung Frankreichs ist zum erstenmal seit Beginn der Flottenkonferenz schwierig geworden. Frankreich ist nicht länger die führende Macht der Konferenz. In Kreisen der französischen Delegation wird erklärt, daß nach den amerikanischen und englischen Vorschlägen nun mit einem Nachgeben Frankreichs in der U-Bootsfrage nicht gerechnet werden kann.

Tages-Spiegel

Das Reichskabinett hat gestern mit den Führern der Regierungsparteien die Finanzpläne des Reichsfinanzministers beraten.

Die Pläne Dr. Moltenhauers zur Deckung des Etatdefizits 1930 sind nunmehr bekanntgegeben worden. Man rechnet damit, daß die Regierungsparteien sich mit den Steuererhöhungen abfinden werden.

Das Reichskabinett stimmte dem vom Reichsernährungsminister vorgelegten Entwurf eines Brotgesetzes zu.

Ministerpräsident Dr. Heß rechsferligte im bayerischen Landtag seine Stellungnahme im Reichsrat zum Gaager Abkommen.

Auf der Londoner Flottenkonferenz ist eine entscheidende Wendung eingetreten. England und Amerika haben sich in der Kreuzerfrage geeinigt und stehen geschlossen den Wünschen Frankreichs gegenüber, welches damit die Führung auf der Konferenz endgültig verloren hat.

Die litauische Behörde im Memelgebiet hat allen reichsdeutschen Lehrern die Aufenthaltsgenehmigung verweigert.

Bundeskanzler Schöber bezeichnete als Zweck seiner Komreise, daß er Italien den Dank für seine Unterstützung bei den Reparationsverhandlungen abstatten wollte.

Das Roggenbrotgesetz im Reichskabinett

Ul. Berlin, 8. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett erledigte in Fortgang seiner gestrigen Beratungen weitere laufende Angelegenheiten. Es befaßte sich mit den letzten Beschlüssen des Reichsrats zum Reichsbrotgesetz und zum Nachtragshaushalt 1929. Ferner wurde dem vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegten Entwurf eines Brotgesetzes die Zustimmung erteilt, von dem ein stärkerer Verbrauch des heimischen Roggens erwartet wird.

Schließlich legte das Reichskabinett entsprechend dem Vorschlag des Reichswirtschaftsministers die deutschen Richtlinien für die bevorstehende Bollfriedenskonferenz fest, die am 17. Februar in Genf zusammentreten wird.

Wie nach dem „Börsencourier“ verlautet, wird der Reichsernährungsminister beim Reichskabinett die Bereitstellung von 20 Millionen Mark anfordern, die zur Magazinierung von Roggen verwendet werden sollen. Vorausgesetzt, daß dieser Antrag die Zustimmung des Kabinetts findet, wäre mit einer Entlastung des Marktes um mehr als 100 000 Tonnen zu rechnen. Die Durchführung sei so gedacht, daß der zu magazinierende Roggen von den dazu berufenen Stellen gekauft werde und beim Verkäufer liegen bleibe, sodas er bis zu einem geeigneteren Zeitpunkt vom Markt ferngehalten bleibe.

Verabschiedung des Landpachtgesetzes

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf über die Pacht landwirtschaftlicher Grundstücke (Landpachtgesetz). Der Entwurf wird unverzüglich dem Reichsrat angeleitet und dann veröffentlicht werden.

Interfraktionelle Besprechung über die Ostfragen

Ul. Berlin, 8. Febr. Im Reichstag fand gestern eine interfraktionelle Besprechung über die Ostfragen statt, an der die Führer aller Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten und der Nationalsozialisten teilnahmen. Der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, berichtete über die Ostfragen.

Die Gesetzentwürfe zur Durchführung der Gaager Vereinbarungen im Reichstag.

Die Gesetzentwürfe zur Durchführung der Gaager Vereinbarungen sind nunmehr dem Reichstag zugegangen. Als erste der Reichstagsfraktionen ist die christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft zusammengetreten, um sich mit diesen Gesetzen zu beschäftigen. Die Fraktion wird die Youngsage ablehnen. Alle übrigen Fraktionen hatten erst am Montag ihre Sitzungen ab.

Grubenkatastrophe in U. S. A.

Bisher 20 Tote.

Newyork, 8. Febr. Auf einer Kohlengrube bei Standardville im Staate Utah ereignete sich am Freitag eine Kleinexplosion, wobei 20 Bergleute auf der Stelle getötet wurden. 7 Bergleute sind noch verhaftet. Man vermutet, daß sie ebenfalls ums Leben gekommen sind.

Die Leiden der deutschen Minderheit in Polen

Zu Warschau, 7. Febr. In der Donnerstagssitzung des Sejm führte der deutsche Abgeordnete Rechtsanwalt Spitzer u. a. aus, daß die Methoden des früheren Justizministers die Gerichte demoralisierte und ihre Unabhängigkeit erschütterte hätte. Die Geschichte der deutschen Minderheit sei seit Beginn des polnischen Staates erfüllt von Verbrechen der Regierung, die kulturelle Arbeit der Minderheit dadurch zu diskreditieren, daß ihre Führer der staatsfeindlichen Tätigkeit angeklagt und beschuldigt wurden. Er wolle der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Veränderung in der Leitung des Justizministeriums allen Versuchen, die Rechtspflege zu einem politischen Kampfmittel zu erniedrigen, ein für alle Mal ein Ende bereiten werde.

Zum Haushalt des Agrarreformministeriums sprach der Abgeordnete von Sanger. Er griff die Parzellierungspolitik des Ministeriums äußerst scharf an und wies u. a. darauf hin, daß man nur in einem Punkt seit der Durchführung der Agrarreform die Deutschen berücksichtigt und zwar bei der Enteignung ihres Landes. Von 41 000 Hektar Boden, die im Laufe der letzten vier Jahre von den Wojewodschaften Posen und Pommerellen enteignet worden seien, habe man 31 000 Hektar, d. h. über 75 v. H., den Deutschen weggenommen, aber nur 10 000 Hektar oder nicht ganz 25 v. H. den Polen. Dabei betrage der deutsche Großgrundbesitz in diesen Wojewodschaften nur etwa 30 v. H., der polnische jedoch 70 v. H. der anbaufähigen Fläche.

Die Annahme des Polenabkommens im Reichstag noch nicht geschickt. Die „ADZ.“ weist darauf hin, daß das Polenabkommen trotz der relativ großen Mehrheit im Reichsrat noch nicht geschickt sei; heute reiche die Front der Abgeordneten, die eine Annahme dieses Vertrages für unmöglich hielten, und zwar nicht aus agitatorischen Gründen, sondern aus genauester Kenntnis der Verhältnisse heraus, schon weit in die demokratischen Reihen hinein.

Botschafter Sackett empfängt die Presse

Zu Berlin, 7. Febr. Der neue amerikanische Botschafter in Berlin, Frederick Sackett, wies anlässlich eines Presseempfanges darauf hin, daß er sich stets bemühen werde, die guten deutsch-amerikanischen Beziehungen weiter auszubauen und zu fördern. Er kenne Deutschland von mehreren früheren Reisen her und freue sich, daß es ihm vergönnt sei, jetzt als Botschafter auch Berlin kennenzulernen. Er habe als Senator von Kentucky stets großen Wert auf gute Beziehungen zur Presse gelegt und hoffe, daß er auch mit der deutschen Presse erspriechlich zusammenarbeiten werde.

Der Botschafter erzählte ferner in launiger Weise, er stamme selbst aus Kentucky, einem Staate, der in Amerika wegen seiner hervorragenden Rennpferde, seiner schönen Frauen, seines erstklassigen Tabaks und früher wegen seines Whiskys einen guten Namen habe. Dort habe er während seiner langjährigen geschäftlichen und politischen Tätigkeit Gelegenheit gehabt, viele deutsche Freunde zu gewinnen, die er sehr schätze. Besonders in Washington beobachte man mit vielem Interesse die Entwicklung Deutschlands und er persönlich habe sich stets aufmerksam deutschen Angelegenheiten gewidmet.

Rein Ausverkauf bei der R.P.D.

Zu Berlin, 7. Febr. Zu den Nachrichten und Gerüchten über eine geplante Veräußerung der Vermögenswerte der R.P.D. teilt das Sekretariat des Zentralkomitees der R.P.D. mit, daß es die R.P.D. heute nicht mehr nötig habe, etwa festliegende Vermögenswerte der Partei, sei es in Druckereien oder Parteihäusern, flüssig zu machen, da derartige Werte schon lange abgestoßen seien. Um bei einem etwaigen Verbot der Partei die Vermögenswerte der Partei nicht in die Staatskassen fließen zu lassen, seien rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen getroffen worden. Diese Maßnahmen seien entsprechend den Parteistatuten durch die höchste Körperschaft der Partei, den Weibinger Parteitag, in einer geschlossenen Sitzung am 15. Juni 1929 bestätigt worden, an der alle gewählten Delegierten mit beschließender Stimme aus dem ganzen Reich teilgenommen hätten.

Neues Eisenbahnattentat in Rumänien

Zu Bukarest, 7. Febr. Ein Weichensteller auf der Station Salar bemerkte kurz vor dem Einlaufen eines Zugs, daß die Eisenbahnschienen auf einer langen Strecke locker waren. Es gelang ihm, den Zug rechtzeitig zum Halten zu bringen, so daß ein größeres Unglück verhütet werden konnte. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Das Attentat auf den Präsidenten von Mexiko

Zu London, 7. Febr. Entgegen den ersten Berichten über den Anschlag auf den Präsidenten Ortiz Rubio wird aus Mexiko-Stadt gemeldet, daß der Präsident, seine Frau, eine Nichte und der Chauffeur seines Autos verwundet worden sind, keines von ihnen jedoch lebensgefährlich. Der Präsident hatte sich nach der Amtsübernahme nach dem Nationalpalast begeben, wo er einige dringende Staatsgeschäfte durchzuführen hatte. Nach deren Erledigung verließ er den Palast, um sich nach Hause zu begeben. Seine Begleiter hatten gerade das Auto bestiegen, als ein gut angezogener Mann der Mittelklasse 6 Schüsse auf die Insassen des Wagens abfeuerte. Der Präsident wurde durch eine Kugel am Kinn leicht verletzt, seine Frau wurde am Ohr getroffen, die Nichte des Präsidenten an der Schulter. Ein unbeteiligter Zuschauer wurde durch einen anderen Schuß schwer verwundet.

Württ. Landtag

Aus dem Finanzanschuh.

In der letzten Finanzanschuhung sollte die Beratung des Kultetats zu Ende geführt werden. Bei Kap. 46 wird

der Umwandlung des privaten Mädchenschulsystems Stuttgart in eine öffentliche Schule und der Entstehung der notwendigen Stellen in vorliegendem Personalplan zugestimmt; der bisher zehnte Staatsbeitrag von 24 000 Mark fällt damit weg. Kultminister Dr. Bazille spricht sich bezüglich der von den Gemeinden privat geführten Klassen höherer Schulen dahin aus, daß sich der Staat an den für ihn auf etwa 100 000 Mk. geschätzten Kosten nur insoweit beteiligen könne, als diese Klassen nach ihrer Schülerzahl lebensfähig sind. Beiträge an Privatschulen seien gerechtfertigt, wenn durch diese Schulen dem Staat Aufwendungen abgenommen werden. Ein Zentrumsredner legt den Standpunkt seiner Fraktion in Sachen der Privatschulen dar und befürwortet die Erhöhung des Beitrags an die Mädchenrealschule St. Ludwig in Gmünd. Die diesbezügliche Eingabe der Privatschule Gmünd wird der Regierung zur Erwägung übergeben; das gleiche geschieht mit den Eingaben der Städte Waiblingen usw. betr. Übernahme privater Klassen. Ein Antrag Kling (Chr. Vd.), den Staatsbeitrag für die private höhere Knabenschule in Korntal von 25 000 auf 35 000 Mark zu erhöhen, wird zurückgezogen, dagegen ein Antrag Körner auf Erhöhung angenommen. Ein Antrag Klüche-Vollrich-Bausser-Freder-Heymann, das Staatsministerium zu eruchen, zu erwägen, in welcher Weise die durch Ueberalterung der Präzeptoren und Reallehrer der alten Gruppe IX entstandenen Lücken in turnusmäßig begeben werden kann, wird einstimmig angenommen. Nach lebhafter Aussprache über die ungenügende Ueberfüllung der höheren Schulen und den dadurch geförderten übermäßigen Zudrang zu den mittleren und höheren Berufen wird Kap. 46 genehmigt. Bei Kap. 47 (Lehrerbildungsanstalten) teilt der Kultminister mit, daß die jährliche Unterhaltung der Zöglinge entsprechend dem vorjährigen Landtagsbeschluß erhöht worden sei. Ein gemeinsamer Antrag, die Regierung zu eruchen, eine weitere Erhöhung zu erwägen, wird angenommen und das Kapitel genehmigt. Zu Kap. 49 und 50 (Volksschulen) liegt eine Reihe von Anträgen vor. Nach Entgegennahme des Berichtes des Berichterstatters Körner wird die Beratung und Abstimmung auf die morgige Sitzung vertagt.

Der Lehrernachwuchs.

Der Abg. Bausser (W.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Zurzeit findet die Ausnahmepflichtung in die Lehrerbildungsanstalten statt. Der Andrang ist ein überaus großer, zurzeit annähernd das Dreifache des Bedarfs. Nach Mitterlungen der Presse sollen von den Angemeldeten

etwa zwei Drittel Schüler aus höheren Schulen sein. Es ist ja wohl anzunehmen, daß sich unter diesen auch zahlreiche begabte Kinder vom Lande befinden werden. Immerhin dürfte aber die Aufnahme begabter Volksschüler vom Lande unter diesen Umständen erheblich erschwert sein. Ich frage den Kultminister, ob und in welcher Weise dafür Sorge getragen ist, daß auch bei der jetzigen Entwicklung der Dinge begabten Volksschülern vom Lande der Zugang zum Volksschullehrerberuf in dem wünschenswerten Umfang offengehalten wird.

Aus Württemberg

Der Württ. Städtetag gegen die Aenderung der Landessteuerordnung.

In Stuttgart besaßte sich gestern der Württ. Städtetag mit der Aenderung der Landessteuerordnung. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschliessung mit allen gegen eine Stimme angenommen: „Der Württ. Städtetag begrüßt es, wenn die württ. Regierung bestrebt ist, die Lage der besonders leistungsschwachen Gemeinden zu verbessern. Der vorliegende Gesetzentwurf kann jedoch als gangbarer Weg zur Erreichung dieses Ziels nicht anerkannt werden. Der Entwurf und seine Begründung gehen davon aus, daß die Höhe der Gemeindefinanzlage als Maßstab für die finanzielle Belastung einer Gemeinde anzusehen sei. Das ist in dieser Allgemeinheit unrichtig. Auch die weiteren Ausführungen der Begründung des Entwurfs zeigen eine einseitige Beurteilung der maßgebenden Verhältnisse. Die praktischen Auswirkungen des Entwurfs sind nicht bloß vom Standpunkt der größeren Städte, sondern ebenso sehr aus Rücksicht der steuerlichen Gerechtigkeit höchst bedenklich. Der Entwurf zwingt die Gemeinden, denen er Mittel entzieht, die Lasten durch entsprechende Erhöhung der Gemeindefinanzlagen zu decken; eine Einsparung durch Verknüpfung der Ausgaben ist nicht möglich. Bei der ernsten wirtschaftlichen Not und der Not großer Kreise der städt. Bevölkerung ist der vermehrte Steuerdruck, den der Entwurf für breite Massen der städtischen Bevölkerung bringen wird, nicht zu verantworten. Der Württ. Städtetag richtet daher an den Landtag den dringenden Appell, diesem Entwurf seine Zustimmung nicht zu erteilen.“ Auch ein Zusatz von Stadtschultheiß Wendel-Waiblingen wurde angenommen, in dem es heißt, daß der Ausgleichsstock den Bedürfnissen entsprechend geändert werden solle.

Vom Calwer Rathaus

Der Gemeinderat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung unter Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner zunächst mit zwei auf Anregung von W. Maffi vom Stadtbauamt angefertigten Ueberflutungsplänen für die Bebauung des Gebietes Steckenaderle. Einleitend gab Stadtbauamtsleiter Schötkie einen Ueberblick über die Planflächen. In Anlehnung an den Vorkriegsplan sieht der neue Plan des Stadtbauamts eine Tiefenerlegung des oberen Teils der projektierten Straße — sie soll beim Grundstück von Metzgermeister Jourdan von der Hengstetter Steige abzweigen und etwa 70 Meter oberhalb der Staatsstraße in gleicher Richtung mit einer Steigung von 1—1½ Prozent führen, wobei die Einmündung in letztere beim Anwesen Dettinger erfolgt — vor und weiterhin noch die Anlage eines höhergelegenen Weges, sodas bei Führung einiger kleiner Zwischenwege das gesamte Gelände erschlossen würde. Bei den Straßensführungen wurde besonderer Wert darauf gelegt, daß den Bau verleiernde Wüstungen durch Umgehen von Einschnitten möglichst unterbleibt. Eine Tiefenerlegung des Straßeneingangs, wie sie W. Maffi in der vergangenen Sitzung befürwortet hatte, würde die Ueberwindung schwierigen Steilgeländes notwendig machen und wäre weniger wirtschaftlich. In der Aussprache über die vorliegenden Pläne dankt W. Maffi dem Stadtbauamt für die rasche Planfertigung und stellt fest, daß er mit der Aufrollung dieser Frage lediglich von dem Gedanken ausgegangen sei, daß vor der Ueberbauung des Geländes und der Erlaubniserteilung hiezu ein brauchbarer Plan vorliegen müsse, andernfalls würden unliebsame Zustände geschaffen, die später nicht mehr zu beseitigen seien. W. Maffi und W. Baenschle sprechen sich für den Plan des Stadtbauamts aus, letzterer anerkennt besonders die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Bauplanausstellung und bemerkt, daß die vielfach gehörte Behauptung, es fehle in Calw an Bauplänen, durch diesen Plan widerlegt werde. W. Dr. Autenrieth gibt zu bedenken, daß vor Erstellung eines neuen Hochreservoirs eine Verwendung der vorgeschlagenen Baugrundstücke praktisch nicht möglich ist. W. Maffi empfiehlt die Einschaltung eines in der Ortsausgangung festzulegenden Privatweges zwischen den beiden projektierten Straßen; die Wasserversorgung des Geländes werde zweckmäßig durch Verwendung des Elbenbrunnens erfolgen. Auch der Vorsitzende befürwortet den vom Stadtbauamt ausgearbeiteten Plan, da er die größten Vorteile bringe; es sei später an die Erstellung eines Hochbehälters in der Steinrinne zu denken. Der Gemeinderat billigt endlich einstimmig den vorliegenden Plan des Stadtbauamts und beschließt, ihn als maßgebende Richtlinie bei der Vorlage von Vorgesuchen zu verwenden. — In letzter Zeit hat sich der Geschäftsanfall des Sühnebeamten, welchem die Schlichtung von Privatklagen obliegt — seine Inanspruchnahme ist nach § 330 der Zivilprozessordnung vorgeschrieben — stark vermehrt. Zurückzuführen ist dies in der Hauptache darauf, daß die Instanz eingerissen ist, den Sühnebeamten wegen jeder Geringfügigkeit aufzusuchen. Um diesem mißlichen Zustand etwas abzuhelfen, hat das Justizministerium den Stadt- und Gemeindeverwaltungen anheimgestellt, an Stelle der bisher kostenfrei zu leistenden Arbeit des Beamten einen Gebührentarif anzusetzen. Der Gemeinderat beschließt einen solchen Tarif nach dem Musterentwurf des Justizministeriums einzuführen. Ihm zu-

folge ist vor Inanspruchnahme des Sühnebeamten eine Gebühr von 5 Mk. zur Stadtkasse zu entrichten, auch können besondere Auslagen für Zeugenvernehmungen etc. angerechnet werden. Der Vors. sagt eine Härten vermeidende Handhabung der Tarifbestimmungen zu. — Zurückgestellt wird ein Gesuch um Bauplanaufhebung an den Eisenbahnbeamten W. Mohr; es handelt sich um einen Bauplan unterhalb des alten Abraumplatzes am Teufelweg. — Ueber ein bereits mehrfach behandeltes Gesuch von Rangiermeister Weiß betr. Anbringung einer Laterne an dem Prägefeld, der Hintere Teufel- und Walkmühlengasse verbunden, einigt man sich dahin, daß bei Uebernahme des hässlichen Kostenaufwands durch den Antragsteller eine sich automatisch ausschaltende Laterne in der Mitte des Prägefeldes aufgestellt wird. Die Stromkosten übernimmt die Stadtgemeinde. — Laut Vorbescheid des Präsidenten des Landesamts sind sämtliche von der Stadtgemeinde angemeldeten Notstandsarbeiten mit Ausnahme der Instandbringung des Auffüllplatzes genehmigt worden. Die Arbeiten sind in der Zeit vom 2. Januar bis 28. Februar auszuführen. Da man bereits vor diesem Termin, am 16. Dezember, mit einer Notstandsarbeit begonnen hat — es handelt sich um die Erweiterung der Wasserleitung im Teufelweg bis zum Steinbruch — soll auf Vorschlag des Vorsitzenden versucht werden, auch für diese Arbeit um die Förderung durch das Landesamtsamt nachzuwirken. — Genehmigung findet eine von der Metzgerinnung beantragte Neuregelung des Nebenstatus bezüglich des Eintrittsgeldes in die Innung. Die Metzgerinnung hat durch Erstellung und Unterhalt des Schlachthauses hohe Aufwendungen gehabt, die sich durch den Bau einer Kläranlage im kommenden Frühjahr noch erheblich steigern werden; es ist deshalb eine billige Einrichtung, daß neu in die Innung eintretende Metzgermeister ein entsprechendes Eintrittsgeld für die ihnen gewährten Vergünstigungen erlegen. Nach der Neuregelung liegen die zu entrichtenden Sätze zwischen 400—3000 Mk. Pächtern steht das Recht zu, das Schlachthaus bei Erstattung des 1½fachen Betrags der Schlachthausgebühren zu benutzen, während Nichtmitglieder der Innung die dreifachen Schlachthausgebühren zu entrichten haben. — Nach einer Mitteilung der Reichsschuldenerverwaltung ist der Stadtsplege für ausgefallene Reichsschuldenschreibungen ein Betrag von 5310 Mk. überwiesen worden; es wird bis zu weiterer Verfügung über diesen Betrag Anlage bei der Oberamts Sparkasse bestimmt. — Die Stadtsplege hat für kommende Woche einen Stammholzverkauf ausgeschrieben, dem in nächster Zeit ein Stangenverkauf folgen soll. Wie Stadtspleger Frey vorträgt, werden 501 Festmeter Altholz bester Qualität zum Verkauf gestellt. Noch immer sind die Holzpreise im Lande recht unterschiedlich, doch ist gegenwärtig ein leichtes Anzeichen der Preise zu bemerken. Beschlossen wird auf Antrag der Stadtsplege eine Aenderung der Zahlungsbedingungen für den Käufer. Die Bedingungen werden entsprechend denen des Staates neu aufgestellt mit der Bestimmung, daß bei gleichbleibender Zahlungsfrist (3 Wochen) eine Ermäßigung der Verzinsung, abnehmend bis zur Höhe des Reichsbankdiskonts eintritt. Das bedeutet dem Käufer gegenüber ein nicht unerhebliches Entgegenkommen. Die W. Schöll, D. A. L. und F. P. r. äußern sich hierzu zustimmend. Die öffentliche Sitzung wird hierauf geschlossen; anschließend nichtöffentliche Sitzung und Sitzung der Verwaltungsabteilung.

Blumens
Seifenflo
Rosen-H
Spüllich
Federka
Geschäft
Meterstä
Tagebl
Briefpap
Kreide, C
Drehstift
Farbstoff
Blumen
Kinder-J
Elasten
Mädchen
Strumpfh
Scheiben
Scheiben
Aluminium
Kinder-B
Aluminium
Leitw
Schwung
Thermos
Läufer-S
Mull, C
Halkstor
Rasierap
Cell. Za
Rasierpi
Essenstä
Rein
Die Ware

Sinfeits Prämie! Bei Knopf

Blumenseifen, Parfüms, Zahnbürstenständer,
Seifenflocken, Luftschlangen, Papierwedel,
Rosen-Hautcremes, Zahnpulver, Confetti,
Spülflücher, Seifendosen, Bilderbücher,
Federkasten, Malbücher, Federdosen,
Geschäfts-Umschläge, Farbstifte, Würfel,
Malerstäbe, Schreibblocke, Kernseifen,
Tagebücher, Notizbücher, Schul-Federn,
Briefpapier, Lineale, Bleistifte, Crépepapier,
Kreide, Griffel, Pforzheimer Ansichtskarten,
Drehstifte, Spielteller, Zirkel mit Bleistiften,
Farbstifte, Papierspitzen, Frauen-Strümpfe,
Blumenseifen, Fülllinge, Mottenkugeln, Tee-Eier,

Kinder-Jäckchen, Erstlings-Hemdchen, Hygienische Windeln,
Güstenhalter, Molton-Unterlagen, Windelhöschen, Fußmatten,
Mädchen-Trägerhemden, Frottier-Handtücher, Kaffeekannen
Strumpfhaltgürtel, Mädchen-Beinkleider, Herrensocken,
Scheiben-Gardinen, Schweiß-Socken, Damen-Strümpfe,
Scheiben-Gardinen, Besuchstaschen, Einkaufsnetze,
Aluminium-Schraubdosen, Halsketten, Rosen-Hautcremes,
Kinder-Beutelfläschchen, Manicüres, Geldbeutel, Schrubber,
Aluminium Schöpfkelle, Kuchenschüssel, Kaffee-Kannen,
Leibwärmer, Aluminium-Essenträger, Aluminium-Edelkessel

Schwungspiegel, Einkaufsnetze in Seide, Besuchstaschen
Thermosflaschen, Fußmatten, Kunstlederleinen, Zahnpasta
Läufer-Stoffe, Wachstuch-Läufer, Haar-Bürsten,
Mull, Wassereimer 28 cm, Aufrichter, Brise-Bises,
Halsstores, Cell.-Haarbürste mit Kamm, Fleischtöpfe,
Rasierapparate mit 10 Rasierklängen, Springformen,
Cell. Zahnbürstenständer, Zahnbürsten, Zahnpasta,
Rasierpinsel, Alum. Milchträger, Kinderkörbe, Kochlöffel,
Essenträger, Spülwanne, Wandspiegel, Porz. Fleischplatte.

jetzt
noch
billiger!

Löcher, Fleischlöple mit Deckel, Schrankpapier,
Stempelhalter, Aluminium-Essenträger, Löschlin,
50 Geschäftsumschläge, 20 Meter Waschseil,
Fl. Teer- oder Kamillenselle, Ess-Bestecke,
Bleistiftständer, Kaffeekannen, Messerkasten,
Radiermesser, Nachgeschirre, Rasierseifen,
Tagebücher, Wassereimer, Stempelhalter,
Taschenspiegel mit Kamm, Taschentücher,
Rasiernäpfe mit Pinsel, Zahnpasta „Mouson“,
Waschlappen und 1 Stück Seife, Büstenhalter,
Windelhöschen, Amateur-Alben, Erstlingshemdchen,
Kinderbeutelfläschchen, Zettelspiere, Kinder-Jäckchen,

Dr. men - Trägerhemden, Bilderbücher, Kinderpost,
Schreibgarnituren, Untertassen, Geschäfts-Umschläge,
Briefwagen, Kinder-Söckchen, Ordnungsmappen,
3 Molton-Unterlagen, Aufrichter, Wickel-Decken,
Frottier-Handtücher, Schüler-Etuis, Amateur-Alben,
Kinder-Wagenkissen, Damen-Strümpfe, Ordner 8 cm,
Locher 8 cm, Unterziehstrümpfe, Schweiß-Socken,
Schreibblock und 50 Umschläge, Damen-Strümpfe,

Kein Warten an Kasse und Paktisch!
Die Ware wird direkt von der Verkäuferin ausgegeben!

KNOPF, Pforzheim

Ämtliche Bekanntmachungen.

Vieh- und Schweinemarkt in Calw.

Der am Mittwoch, den 12. Febr. 1930 in Calw stattfindende Vieh- und Schweinemarkt wird unter nachstehenden Bedingungen abgehalten:

1. Das Sperr- und Beobachtungsgebiete dürfen Tiere nicht angeführt werden.
2. Sämtliches Vieh muß beim Zutrieb auf den Markt amtlichärztlich untersucht werden.
3. Viehhändler haben tierärztliche, Schweinehändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse mitzubringen.
4. Personen aus verbotenen Orten dürfen den Markt nicht besuchen.
5. Nichteinhaltung dieser Vorschriften wird bestraft. Zuwiderhandeln werden außerdem vom Markt gewiesen.

Calw, den 7. Februar 1930.

Oberamt: Schmid, Regierungsrat

Stadtgemeinde Calw

Zu dem am nächsten Mittwoch, den 11. Februar 1930 stattfindenden



Pferde-, Vieh- und Schweine-Markt



ergeht Einladung.

Die vom Oberamt im heutigen Blatt veröffentlichten gesundheitspolizeilichen Vorschriften sind einzuhalten.

Die Schweinehändler haben bis zur Vornahme der tierärztlichen Untersuchung der Schweine bei ihren Körben und Kästen zu bleiben, welche vorher nicht geöffnet werden dürfen.

Calw, den 7. Februar 1930.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Stadtgemeinde Calw.

Freiwillige Invalidenversicherung.

Nach § 1440 RVO sind seit 1. August 1925 bei der Selbstversicherung und der freiwilligen Versicherungsfortsetzung Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens jedoch in der 2. Klasse, zu entrichten.

Marken der 2. Lohnklasse (als Mindestklasse) dürfen nur diejenigen Versicherten verwenden, die kein oder höchstens 12 Mk. wöchentliches Einkommen haben, (z. B. nicht erwerbstätige Ehefrauen), keinesfalls aber diejenigen, die ein höheres Einkommen haben als 12 Mk. wöchentlich. Es sind zum Beispiel bei einem wöchentlichen Einkommen von über 36 Mk. Beitragsmarken der 7. Klasse zu verwenden.

Freiwillig geklebte Marken, die nicht dem Einkommen des Versicherten entsprechen, müssen auf- oder umgewertet werden, sonst sind diese unwirksam und geht unter Umständen der Rentenanspruch verloren. Auf- oder Umwertungsanträge vermittelt bereitwillig die Ortsbehörde.

Calw, den 7. Februar 1930.

Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestellten-Versicherung Calw: S ch i d.

Gemeinde Gültlingen



Eichenstammholz-Verkauf.

Die Gemeinde Gültlingen bringt am Dienstag, den 11. Februar 1930 aus den Gemeindegewaldungen Ban, Lehmgrube, Krautgarten u. Hohlensteinberg zum Verkauf:

280 St. Eichen, 1 Weißbuche, 8 Birken, 1 Erle

und zwar Eiche 5,80 Ffm. II., 18,32 III., 29,51 IV., 57,39 V., 11,85 VI. Klasse.

Zusammenkunft nachmittags 1/2 Uhr beim Rathhaus.

Hirsau

Die zur Renovierung vom Wohnhaus des Herrn Karl Thomma, Metzgermeister, erforderlichen

Gipfer- und Maler-Arbeiten

sind im Preislistenverfahren zu vergeben.

Die Unterlagen sind beim Unterzeichneten zur Einsicht aufgelegt, und wollen Angebote bis Donnerstag, 13. d. M., vormittags 10 Uhr, beim Bauherrn abgegeben werden.

Die Wahl unter den Bewerbern bleibt sich vorbehalten. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Bad Teinach, den 8. Februar 1930.

Söll, Architekt.

Großer Transport belgischer und rheinischer Arbeits-Pferde



leichten u. schwer. Schlags in allen Preislagen bringt am 11. ds. auf den Leonberger Pferdemarkt

Kauf- und Tauschhaber ladet ein Wilhelm Reh, Pferdehandlung, Göttingen a. N., Telefon 6373.



Handball-Pflichtspiel



Sonntag, den 9. Februar 1930

T.V. Ernstmühl I — T.V. Calw I Beginn 3 Uhr

Ernstmühl Jugend — Calw Jugend Beginn 2 Uhr

Turn- und Spielplatz an der Hirsauerstraße

W. Forstami Stammheim bei Calw

Beigeholz- und Reifig-Verkauf

Am Dienstag, den 11. Februar nachm. 5.30 Uhr in Stammheim im „Waldborn“ aus Staatswald Nord, Mittl. Hnt. Forstsch. (Schlag u. Durch.) Kohlplatte, Mittl. Brühlberg Am. 10 Buche, 121 Nadelb., 4570 Weilen in Stückentlofen

W. Forstami Liebenzell. Nadelholzstangen- und Kugelhholz-Verkauf

Am Donnerstag, den 13. Febr. nachm. 5 Uhr in Bad Liebenzell im „Lamm“ aus Staatswald des Forstmeister- und Oberförstereviere: Geröllst. 50; Bauft.: 280 I., 808 I., 551 II., 15 III., 100 IV., 469 V. Kl.; Hopfenst.: 557 I., 335 II., 135 III., 55 IV. Kl. (meist. 3 I.); Papierholz in Rinde; 3 I., 58 II., 85 III. Kl. Forstnugholz: 8 Aug., 22 Röll. Preisverzeichnis durch das Forstamt.

Concordia Calw



Sonntag abend 6 Uhr

kurze Singkünde im Lokal für sämtliche Sänger. Vollständiges Erscheinen ist Ehrenpflicht.

Eingaben

u. Gesuche an Behörd.; Aemter; Testam. Entw. usw.

Komm. i. R. Vogler Stammheim.

Altburg Ein 1/2 jähriges



Zuchtrind verkauft

Friedrich Kirchherr.



Zuchtfarren

Sehe einen 13 Monate alten Zuchtfarren, breit und tief gestellt, mit Abstammungsnachweis dem Verkauf aus.

Carl Kühle, Landwirt, Gültlingen

Neubulach. Eine ältere, fehlerfreie



Ruh samt Kalb verkauft

Friedr. Maier, Bauer.

Eine zum zweitenmal 36 Wochen trachtige



Ruh sowie eine lunge Milch- u. Schaffkuh

setzt unter jeder Garantie dem Verkauf aus. Karl Linkeheil Simmozheim.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer heute Samstag, den 8. Februar 1930, in der Restauration Weiß stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen

Gustav Weber

Sohn des Eugen Weber, hier

Maria Hegler

Tochter des Wilhelm Hegler, hier

Schauspielhaus Pforzheim

Sonntag, den 9. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr Fremdenvorstellung zu kleinen Preisen

Einen Jux

will er sich machen

Posse mit Gesang von J. Nestroy

Beginn 3 1/2 Uhr

Ende vor 6 Uhr



Ottenbronn

Der Gesangsverein „Eintracht“ hält am Sonntag, 9. Febr. im Gasthaus z. „Adler“ eine

Tanz-Unterhaltung

(Kappenabend) ab.

In Streichmusik

Hierzu ladet höflichst ein

Der Ausschuss

Bad Liebenzell • Hotel Adler

TANZ

Sonntag, den 9. Februar

Erstklassige Jazz-Kapelle

Am SONNTAG, den 9. Februar

große Tanzunterhaltung

im Saalbau z. Hirsch in Unterhaugstett

Prima Jazzkapelle Schau

Hierzu laden freundlichst ein



Der Besitzer:

Die Kapelle E. Lörcher z. „Hirsch“

Anfang 2 Uhr

Nagold

Saalbau zum „Löwen“

Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr

großes Militär-Faschings-Konzert

(Spezialbierausschank), ausgeführt vom Trompeterkorps des 18. Reiter-Regiments in Caunstatt unter persönlicher Leitung des Musikmeisters G. H. Rath Programm: Solovorträge, urfidele Potpourris, Fanfaren, Märsche usw. Reservierte Platz Mk. 1.—, 1. Platz Mk. —.80. Ab 7⁰⁰ großer Faschingsball, Jubel und Trubel in allen Räumen. 2 vorzügliche Musikkapellen, ununterbrochener Tanz. Die schönsten Masken werden prämiert.



Sonntag, 9. Februar

Verbands-Wettspiel

Sportplatz Calwer Hof

Mühlacker I — Calw I

Beginn der ersten Mannschaft 2 Uhr

Lichtspieltheater Badischer Hof

Morgen Sonntag mittag 3 1/2 Uhr u. abends 8 Uhr

Sündig u. Süß

mit Anny Ondra in der Hauptrolle, in 8 Akten. Ein Film, der Stimmung gibt. Als Einlage: „Der Alte ist los“ Eine Komödie in 2 Akten sowie ein Lehrfilm.

Liebelsberg

Am Sonntag, den 9. ds. Mts. findet im

Gasthaus zum „Hirsch“

Tanz-Unterhaltung

statt, wozu höflichst einladen

Die Kapelle

Der Besitzer

Oberkollbach - Gasthof z. Hirsch

SONNTAG, den 9. Februar

Tanzunterhaltung

Erstklassige Jazzkapelle



Heute und morgen

halte ich

Mekel-Suppe



und lade hiezu höflichst ein

Frau Luz zum „Lamm“

Karnevals-Artikel:

Kopf-Bedeckungen, Larven, Konfetti, Wurf-schlangen, Ansteckblumen und Orden

u. s. w.

In allen Arten und Ausführungen und in größter Auswahl vorrätig bei

Fr. Häussler Calw

Vereine erhalten Rabatt Besichtigen Sie unverbindlich meine große Ausstellung!